

Diese Wochenschrift
erscheint wöchentlich Mittwochs Vormittag
in einem Bogen in der Buchdruckerei der
Gebr. Scharf für den vierteljähr. Pränu-
merationspreis von 8 Sgr. (incl. Stempel.)



Amtliche und Privat-Anzeigen
für den Boten werden gegen 1 Sgr. für
die breitgedruckte Zeile in gewöhnl. Schrift
(größere Schrift und Einfassungen verhältniß-
mäßig mehr berechnet) bis spätestens Dienstag
früh 9 Uhr erbeten.

Der Sächsische Bote.

Eine unterhaltende und belehrende Wochenschrift
für Stadt und Land.

N^o. 16.

Mittwoch, den 23. April

1862.

Zeitereignisse.

Berlin, 17. April. Der „Staatsanzeiger“ ver-
öffentlicht folgende allerhöchste Ordre an das Staats-
Ministerium, kontrahirt durch dasselbe: „In Folge
eines Mir über die Lage des Staatshaushalts gehaltenen
Vortrages genehmige Ich, daß dem nächsten Landtage
ein Gesetzentwurf wegen Forterhebung des Zuschlages
von 25 Prozent zur Einkommen- und Klassensteuer, so-
wie zur Mahl- und Schlachtsteuer vom Juli ab nicht
vorgelegt werde, indem es thunlich ist, den Einnahme-
Ausfall theils durch Mehreinnahmen, theils durch Aus-
gabe-Ermäßigung einzelner Verwaltungen im Etat
auszugleichen. In soweit hierbei auf den Militärhaus-
halt zurückzugehen ist, will Ich zwar, im Einklang mit
Meinen früheren Aussprüchen, vorübergehend zulässigen
Ersparnissen auch jetzt Meine Genehmigung gern er-
theilen; indes muß Ich dabei aufs Bestimmteste Meine
früheren Erklärungen wiederholen, daß im Bereiche der
Militärverwaltung nothwendig solche Einschränkungen
vermieden werden müssen, durch welche die Grundsätze
verlezt würden, deren Festhaltung im Interesse der
Schlagfertigkeit und Tüchtigkeit der Armee, und somit
der Sicherheit und Unabhängigkeit des Staates ge-
boten ist.“

Die zur Begutachtung von möglichen Ersparnissen
im Militärbudget zusammenberufene Commission von
Generälen soll sich bekanntlich, wie dies keinem Zweifel

unterlag, für die Herabsetzung des Militair-Stats
aussprechen. Als Mittel der Ersparniß sollen der Weg-
fall, oder doch die Beschränkung der diesjährigen Ma-
növer und umfassende Beurlaubungen vorgeschlagen
werden.

Berlin, 15. April. Man will wissen, daß sich in
der militärischen Commission der Kronprinz und Prinz
Friedrich Karl für die Wiedereinführung der zweijäh-
rigen Dienstzeit ausgesprochen hätten.

Berlin, 17. April. Der Umschwung, welcher seit
wenigen Tagen auch in den höchsten Kreisen auf eine
so frappirende Weise zu Tage getreten ist, soll — wie
wir einer durchaus glaubwürdigen Quelle entnehmen,
— in der That eine Frucht der Reise des Königs nach
Weimar oder vielmehr seines Aufenthalts daselbst sein.
Durch die Gespräche mit einigen distinguirten Persön-
lichkeiten am weimarschen Hofe soll der König eine
richtige Vorstellung von der Volksstimmung in Preußen
und von der Art, wie ihm das Herz des Volkes ent-
fremdet werde, erhalten haben. Man sagt ferner,
der König habe hierauf in Weimar einige Zeitungen
gelesen, die man ihm zur Bestätigung des Mitgetheil-
ten angeführt; und aus diesen Zeitungen, die er in
Berlin niemals zu Gesichte bekommen, habe er Dinge
erfahren, wie die Proteste der Universitäten u. die Wahl-
umtriebe bei den Control-Versammlungen, Dinge,
von deren Existenz u. Ursachen er vorher keine Ahnung
gehabt hatte. — Dies Alles soll einen mächtigen Ein-